

#### 1.4. Die Rolle und Situation Deutschlands

Spätestens seit der Rede des damaligen Bundespräsidenten, Joachim Gauck, auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 sprechen Vertreter\_innen der Bundesregierung gern von einer veränderten Rolle Deutschlands hin zu mehr Verantwortung in der Welt. Dass diese Deutschland angeblich zukommende Aufgabe vorrangig militärisch wahrgenommen werden sollte, zeigte sich **seitdem** im stetig steigenden Rüstungshaushalt, der sich seit 1990 verdoppelt hat, in den Gewinnen der Rüstungsindustrie und in den Rüstungsexporten, bei denen Deutschland seit Jahren international einen der Spitzenplätze einnimmt. Zusätzlich wurde **mit Beginn** des Ukrainekriegs die sogenannte „Zeitenwende“, eine Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, ausgerufen. Damit einher ging die Etablierung eines Sondervermögens für die Bundeswehr im Umfang von 100 Milliarden Euro und zum ersten Mal eine gesicherte Zusage für die Umsetzung des lange umstrittenen Zwei-Prozent-Ziels der NATO. **Bei der Vorstellung der „Verteidigungspolitischen Richtlinien für die Zeitenwende“ im November 2023 bekräftigte Verteidigungsminister Boris Pistorius den Anspruch Deutschlands auf mehr Verantwortung. Er sprach davon, dass Deutschland als bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich starkes Land „Rückgrat der Abschreckung und kollektiven Verteidigung in Europa“ werden solle. Die Richtlinien sollten „die Grundlagen für eine zukunftsfähige, einsatz- und kriegstüchtige Bundeswehr“ schaffen.**

Die Durchsetzung des Zwei-Prozent-Ziels wird die Leistungsfähigkeit der deutschen Rüstungsindustrie stärken. Gleichzeitig stehen Projekte wie FCAS für die Rüstungszusammenarbeit mit NATO-Partnern im Rahmen der EU. Das entspricht auch der Forderung der Verteidigungspolitischen Richtlinien nach einer „eng abgestimmte(n) und sich gegenseitig ergänzende(n) Zusammenarbeit von NATO und EU“.

Deutschland greift auch **bereits** ohne direkte militärische Beteiligung in laufende Kriege ein, zum Beispiel durch Waffenlieferungen und Ausbildung ausländischer Soldat\_innen **sowie die geplante dauerhafte Stationierung einer deutschen Brigade in Litauen**. So versucht es, seine Interessen in Kriegs- und Krisengebieten zu sichern. **In ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie und ihrer China-Strategie hat die Bundesregierung ihre wichtigsten Gegner benannt: Russland und China. Ein Wirtschaftskrieg hat begonnen. Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturbeziehungen, die sogar in der Zeit des Kalten Krieges einigermaßen funktionierten, wurden und werden gekappt. Die jahrzehntelang gepflegte bundesdeutsche Entspannungspolitik hinsichtlich des Ostens Europas und darüber hinaus wird nicht fortgesetzt.**

Die Ausrichtung der Politik auf den Krieg lässt sich nicht verwirklichen, **ohne dass die Gesellschaft zur Mitarbeit herangezogen wird**. Es wird daran gearbeitet, das Bild der Bundeswehr **in der Öffentlichkeit** zum Positiven hin zu verändern. Jugendlichen wird vermittelt, dass Kriegführen eine akzeptable Option für die Lösung von Konflikten sei. Die Bundeswehr präsentiert sich ihnen zudem als zuverlässige Arbeitgeberin. Rechtsradikale Tendenzen in der Bundeswehr werden nur halbherzig bekämpft. In Heimatschutzkompanien werden Reservist\_innen und Ungediente mit militärischer Grundausbildung für Einsätze in Bereitschaft gehalten. Die Zivilbevölkerung wird immer wieder dazu aufgerufen, sich für den Notfall zu bevorraten und **Schutzräume** benutzbar zu halten. **Die Verteidigungspolitischen Richtlinien sehen auch vermehrte Anstrengungen im Bereich Zivile Verteidigung vor, die das Ziel haben soll, „die Zivilbevölkerung sowie eigene und verbündete Streitkräfte versorgen zu können, um deren Operationsfähigkeit und Operationsfreiheit im Bedarfsfall uneingeschränkt und durchhaltefähig zu gewährleisten“.** Das dürfte verschärfte Regelungen für Kriegsdienstverweigerung nach sich ziehen.

Mittel der zivilen Konfliktlösung werden nicht ernsthaft in Betracht gezogen – und wenn, dann nur als „kleiner Bruder“ militärischer Ansätze im Rahmen des sogenannten „vernetzten Ansatzes“. Die seit den 1990-er Jahren entstehenden Finanzierungsstrukturen für Zivile Konfliktbearbeitung im Ausland bleiben in den engen Rahmenstrukturen des Entwicklungshilfegesetzes eingehengt und lassen nur wenig Spielraum für friedenspolitisch transformatives Engagement. [Trotz seit Jahren überparteilich versicherter Aufstockung ihres Finanzrahmens erhält die Zivile Konfliktbearbeitung nur den hundertsten Teil der Mittel, die für die Finanzierung militärischer Mittel aufgewendet werden.](#) An anderer Stelle werden Mittel der Entwicklungszusammenarbeit zweckentfremdet, wie das Beispiel der Grenzsicherungsanlagen im Sudan aus Mitteln der bundeseigenen [Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit \(giz\)](#) illustriert.

Pazifistische Forderungen werden im Kontext der „Zeitenwende“ in einem seit Jahrzehnten ungekannten Maße diffamiert, [ein gesellschaftlicher Pazifismus, auf den man sich lange Zeit berufen konnte](#), ad acta gelegt.

Innenpolitische Konflikte bestehen mannigfaltig – und werden doch als friedenspolitisch nicht relevant und auch im Außenverhältnis als nicht weiter wichtig betrachtet: Ökonomische und soziale Ungerechtigkeiten, faschistische Umsturzphantasien und das Erstarken rechter und offen faschistischer Parteien, rassistische, antimuslimische und antisemitische Hassgewalt, Fremdenfeindlichkeit und viele weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bestehen bis tief in die Mitte der Gesellschaft hinein.

Die Lastenungerechtigkeit aufgrund sich verändernder klimatischer Bedingungen und die Kriminalisierung sozialer Gerechtigkeitsbewegungen weisen auf eine autoritäre und etatistische Politik ohne eigenes Transformationsziel hin – die Wahrung des Besitzstandes und die Sicherung der Ressourcenzugänge hat Priorität.